

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

35. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 11. Januar 1982	Nummer 1
--------------	---	----------

## **Grußwort an die Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen**

Das Jahr 1981 war nicht leicht. Die Diskussion über die öffentlichen Haushalte hat gezeigt, daß wir kürzertreten müssen. Der finanzielle Spielraum ist kleiner geworden, Einschränkungen wurden notwendig und Belastungen, von denen auch der öffentliche Dienst nicht ausgenommen werden konnte. Für das dabei gezeigte Verständnis möchte ich allen Beamten, Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst danken.

Das vor uns liegende Jahr wird nicht leichter als das vergangene. Es zwingt uns erneut, den Zuwachs bei den Personalausgaben zu begrenzen und andere Ausgaben zu kürzen. Bei allen Maßnahmen, die den öffentlichen Dienst betreffen, wird sich die Landesregierung um soziale Ausgewogenheit bemühen.

Sie sind mit Ihrer Arbeit für die Menschen in unserem Land eingetreten – zuverlässig, leistungsbewußt und ohne Anlaß zu pauschaler Kritik zu geben. Dafür danke ich Ihnen, ob Sie in einer Polizeibehörde oder Feuerwehr-Wache, ob Sie im Krankenhaus, in der Schule oder in sozialen Einrichtungen, ob Sie in den Ämtern der Gemeinden oder in den Behörden des Landes arbeiten. In meinem Dank schließe ich die Gewerkschaften und Berufsvertretungen ein.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich für das Jahr 1982 Glück und Erfolg.

Dr. Herbert Schnoor

Innenminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen

## Inhalt

## I.

## Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
2022	9. 12. 1981	Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland Überleitungsstatut der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Zusatzversorgungskassen . . . . .	3
203016	7. 12. 1981	Gem. RdErl. d. Kultusministers u. d. Innenministers Erwerb der Fachhochschulreife im Rahmen der Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in den Gemeinden und Gemeindeverbänden des Landes Nordrhein-Westfalen . . . . .	3
20323	9. 12. 1981	RdErl. d. Finanzministers Durchführung des Beamtenversorgungsgesetzes; Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Beamtenversorgungsgesetz . . . . .	4
203310	19. 11. 1981	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Lohntarifvertrag für die Waldarbeiter der staatlichen Forstbetriebe des Landes Nordrhein-Westfalen . . . . .	4
203318	10. 11. 1981	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Tarifvertrag über die Versorgung der Waldarbeiter der Länder (VersTV-W) vom 4. November 1988 . . . . .	4
2120	7. 12. 1981	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Durchführung von gerichtlich oder staatsanwaltschaftlich angeordneten Leichenöffnungen . . . . .	5
2121	5. 10. 1981	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nachmeldung von Stoffen, die nicht in dem vorläufigen Verzeichnis der Rechtsverordnung zu § 28 Abs. 2 des Chemikaliengesetzes enthalten sind . . . . .	5
21250	14. 12. 1981	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Jährliche Berichterstattung über die Tätigkeit der Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsämter . . . . .	5
2160	3. 12. 1981	Bek. d. Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe; Kibbuz-Gesellschaft für soziale Arbeit e. V. . . . .	6
2160	11. 12. 1981	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe; Jugendheimstättenwerk e. V. . . . .	6
224	8. 12. 1981	RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung Bescheinigung nach § 40 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen . . . . .	7
302	14. 12. 1981	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bekanntmachung der Zahl der Kammern bei den Gerichten für Arbeitssachen im Lande Nordrhein-Westfalen . . . . .	7
8111	8. 12. 1981	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Durchführung des Schwerbehindertengesetzes; Richtlinien für die Gewährung von Hilfen zur Erhaltung der Arbeitskraft nach § 9 der Ausgleichsabgabeverordnung Schwerbehindertengesetz . . . . .	7
8111	9. 12. 1981	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Sonderprogramm des Bundes und der Länder zum Abbau der Arbeitslosigkeit Schwerbehindelter und zur Förderung des Ausbildungsplatzangebots für Schwerbehinderte (4. Schwerbehinderten-Sonderprogramm) . . . . .	8

## II.

## Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite
Ministerpräsident	
Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	10
2. 12. 1981	18
Bek. – Königlich Belgisches Generalkonsulat, Düsseldorf . . . . .	

2022

## I.

**Überleitungsstatut  
der Arbeitsgemeinschaft  
der kommunalen Zusatzversorgungskassen**

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland v. 9. 12. 1981 –  
00.05 – 025 – 00/3

Aufgrund der §§ 68 Abs. 1, 48 Abs. 2 der Satzung der Rheinischen Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. August 1978 (GV. NW. S. 340/SGV. NW. 2022), zuletzt geändert aufgrund der Elften Satzungsänderung vom 11. März 1980 (GV. NW. S. 538), wird nachstehend die Fünfte Änderung vom 8. Mai 1981 des Überleitungsstatuts der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Zusatzversorgungskassen vom 10. November 1967 (MBI. NW. 1968 S. 1511/SMBI. NW. 2022) veröffentlicht.

Mit Erklärung vom 15. November 1981 ist die Rheinische Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände dem geänderten Überleitungsstatut beigetreten.

## I.

Das Überleitungsstatut der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Zusatzversorgungskassen vom 10. November 1967, in der Fassung der Vierten Änderung vom 2. November 1977, Bek. v. 20. 2. 1978 (MBI. NW. 1978 S. 338), wird wie folgt geändert:

## 1. § 3 erhält folgende Fassung:

## § 3

(1) Die Überleitung findet in den Fällen der §§ 1, 2 und 2a auch dann statt, wenn ein Arbeitgeber mit seinem gesamten Versichertenbestand bei einer Kasse ausscheidet und in unmittelbarem Anschluß an das Ausscheiden Mitglied einer anderen Kasse wird.

(2) Gehen aufgrund von Maßnahmen im Rahmen der Gebietsreform oder aufgrund sonstiger Aufgabenverlagerungen Aufgaben von einem Arbeitgeber, der Mitglied einer von diesem Statut erfaßten Kasse ist, auf einen Arbeitgeber über, der Mitglied einer anderen von diesem Statut erfaßten Kasse ist, oder übernimmt ein Arbeitgeber eine Einrichtung oder einen Teil einer Einrichtung und werden die Arbeitnehmer, die in dem übergehenden Aufgabenbereich tätig sind, von dem neu zuständigen Arbeitgeber übernommen, so ersetzt die Kasse, bei der dieser Arbeitgeber Mitglied ist (aufnehmende Kasse), der bisher zuständigen Kasse (abgebende Kasse) die im Zeitpunkt des Übergangs auf ihr liegenden Lasten aus Versorgungsrenten und Sterbegeldern an ehemalige Pflichtversicherte aus dem übergegangenen Bereich oder deren Hinterbliebene durch einen pauschalen Ausgleichsbetrag. Zeitpunkt des Übergangs ist der Tag, von dem an die Arbeitnehmer bei der aufnehmenden Kasse versichert werden. Lasten im Sinne des Satzes 1 sind auch die Verwaltungskosten.

(3) Bei der Berechnung des pauschalen Ausgleichsbetrages nach Absatz 2 ist von folgenden Werten auszugehen:

## a) Anzahl der Versorgungsrentenempfänger:

Es ist zu unterstellen, daß die Anzahl der bei der abgebenden Kasse verbleibenden Empfänger einer Versorgungsrente 35 v. H. der Pflichtversicherten beträgt, die von der aufnehmenden Kasse übernommen werden.

## b) Höhe der Versorgungsrenten:

Maßgebend sind 80 v. H. des Durchschnittswertes aller von der abgebenden Kasse im Monat Dezember des dem Übergang vorangegangenen Kalenderjahres gezahlten Versorgungsrenten.

## c) Durchschnittliche Rentenlaufzeit:

Die durchschnittliche Laufzeit der bei der abgebenden Kasse verbleibenden Versorgungsrenten ist mit zwölf Jahren anzusetzen.

(4) Der pauschale Ausgleichsbetrag wird berechnet, indem die nach Absatz 3 Buchst. a anzusetzende Zahl der

Versorgungsrentenempfänger ohne Berücksichtigung von Bruchteilstellen mit dem 144-fachen Betrag der nach Absatz 3 Buchst. b maßgebenden Versorgungsrente multipliziert wird; er ist auf volle 10,00 DM nach unten abzurunden.

(5) Die Kassen erteilen sich gegenseitig die für die Berechnung des pauschalen Ausgleichsbetrages erforderlichen Auskünfte.

(6) Der Ausgleichsbetrag wird innerhalb von sechs Monaten nach Anforderung in einer Summe gezahlt. Nach Ablauf dieser sechs Monate ist er mit 2 v. H. über dem jeweiligen Diskontsatz zu verzinsen.

(7) Die Kassen sind sich einig, daß die Ansätze für die Werte in Absatz 3 jeweils nach zehn Jahren zu überprüfen sind.

(8) Die Absätze 2 bis 7 gelten in den Fällen des Absatzes 1 entsprechend für die Rentenlasten, die aus dem übergegangenen Versichertenbestand bei der abgebenden Kasse entstanden sind, wenn entsprechend § 68 Abs. 1 Sätze 2 und 3 MS die Übernahme vereinbart wird. Pflichtbeiträge, zusätzliche Umlagen und Beiträge zur freiwilligen Weiterversicherung für Versicherte, für die die abgebende Kasse einen Leistungsersatz nach Absatz 2 erhält, werden nicht übergeleitet.

2. § 6 Abs. 2 wird zwischen den Kennzahlen 18 und 20 wie folgt ergänzt:

19 – Nachrichtrichtung aufgrund von Abgeordnetenbesetzen

## II.

Die Änderungen treten mit Wirkung vom 1. 1. 1982 in Kraft.

Köln, den 9. Dezember 1981

Der Direktor  
des Landschaftsverbandes Rheinland  
als Leiter der Kasse  
Dr. Fischbach

– MBI. NW. 1982 S. 3.

203016

**Erwerb der Fachhochschulreife  
im Rahmen der Ausbildung für den gehobenen  
nichttechnischen Dienst in den Gemeinden  
und Gemeindeverbänden des Landes  
Nordrhein-Westfalen**

Gem. RdErl. d. Kultusministers – III B 5 – 36-52/0  
Nr. 1517/81 – u. d. Innenministers – III A 4 – 37.17.02 –  
667/81 – v. 7. 12. 1981

Der Gem. RdErl. v. 10. 6. 1976 (SMBI. NW. 203016) wird wie folgt geändert:

## 1. Nummer 1 erhält folgende Fassung:

## 1 Allgemeines

Nach § 10 Abs. 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Verwaltungspraktikanten in den Gemeinden und Gemeindeverbänden des Landes Nordrhein-Westfalen (APO VerwPr.-Gem), VwVO v. 10. 6. 1976 (SMBI. NW. 203016), soll der Verwaltungspraktikant im Rahmen seiner Ausbildung zur Fachhochschulreife geführt werden, die Voraussetzung für die Ernennung zum Inspektoranwärter ist. Verwaltungspraktikanten erwerben die Fachhochschulreife verwaltungintern.

2. Die Überschrift zu Nummer 2 erhält folgende Fassung:  
„2 Unterricht und Prüfung“

## 3. Die Nummern 3 und 4 sowie Anlage 3 werden gestrichen.

– MBI. NW. 1982 S. 3.

20323

**Durchführung  
des Beamtenversorgungsgesetzes  
Allgemeine Verwaltungsvorschrift  
zum Beamtenversorgungsgesetz**

RdErl. d. Finanzministers v. 9. 12. 1981 -  
B 3003 - 7.2 - IV B 4

Mein RdErl. v. 6. 2. 1981 (SMBI. NW. 20323) mit Hinweisen zur Anwendung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Beamtenversorgungsgesetz wird im Einvernehmen mit dem Innenminister wie folgt geändert:

1. Die bisherige Tz 12.1 wird Tz 12.1.1. Als Tz 12.1.2 wird eingefügt:

12.1.2 Nach Tz 12.1.11 BeamtVGvW ist bei der Anwendung des § 12 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG von der im Zeitpunkt der Einstellung geforderten Regelschulbildung auszugehen. Diese ergibt sich in der Regel aus den jeweiligen Laufbahnvorschriften in Verbindung mit den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Ist neben der geforderten Regelschulbildung eine zusätzliche Ausbildung verlangt worden (z. B. nach § 26 i. V. m. § 28 Abs. 2 der Verordnung über die Vorbildung und die Laufbahnen der deutschen Beamten vom 28. Februar 1939 - RGBI. S. 371 - für Anwärter des gehobenen Dienstes neben der mittleren Reife eine zweijährige Lehrzeit), so ist diese zusätzliche Ausbildung kein Ersatz für eine höherwertige Schulbildung, auch wenn daneben noch Bewerber mit einer höherwertigen Schulbildung (Abitur) ohne die zusätzliche Ausbildung (Lehrzeit) eingestellt wurden. Das gilt auch, wenn - z. B. in Zeiten des Überangebots - überwiegend Bewerber mit der höherwertigen Schulbildung eingestellt wurden.

2. Die bisherige Tz 22.1 wird Tz 22.1.1; als Tz 22.1.2 wird angefügt:

22.1.2 Bei der Anrechnung von Renten und sonstigen Versorgungsleistungen gem. Tz 22.1.1.1 BeamtVGvW auf einen gem. Tz 22.1.5 BeamtVGvW teilweise versagten Unterhaltsbeitrag ist die für die Höhe des Unterhaltsbeitrags anzuwendende Höchstgrenze des § 55 Abs. 2 Nr. 2 BeamtVG um den gleichen v. H.-Satz zu mindern, um den der Unterhaltsbeitrag teilweise versagt wird.

- MBl. NW. 1982 S. 4.

203310

**Lohntarifvertrag  
für die Waldarbeiter  
der staatlichen Forstbetriebe  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 19. 11. 1981 - IV A 3 12-01-00.02

Der Lohntarifvertrag für die Waldarbeiter der staatlichen Forstbetriebe des Landes Nordrhein-Westfalen vom 3. Juni 1981, bekanntgegeben mit RdErl. v. 6. 7. 1981 (SMBI. NW. 203310), wird durch nachstehenden Ersten Änderungstarifvertrag vom 27. Oktober 1981 mit Wirkung vom 1. 10. 1981 geändert:

**Erster Änderungstarifvertrag  
vom 27. Oktober 1981  
zum Lohntarifvertrag für die Waldarbeiter  
der staatlichen Forstbetriebe  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
vom 3. Juni 1981**

Zwischen

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes

einerseits

und

der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft  
- Landesbezirk Nordrhein-Westfalen -

andererseits

wird für die Waldarbeiter der staatlichen Forstbetriebe des Landes Nordrhein-Westfalen nachstehende Änderung vereinbart:

**Einziger Paragraph**

Das Motorsägengeld wird mit Wirkung vom 1. 10. 1981 von bisher 7,74 DM auf 8,04 DM/Motorsägenbetriebsstunde erhöht.

Durch diese Erhöhung wird der Lohntarifvertrag für die Waldarbeiter der staatlichen Forstbetriebe des Landes Nordrhein-Westfalen geändert:

1. In § 6 Abs. 1 wird die Zahl „7,74“ durch die Zahl „8,04“ und die Zahl „12,90“ durch die Zahl „13,40“ ersetzt.
2. In § 7 Abs. 2 wird die Zahl „2,32“ durch die Zahl „2,41“ und in Abs. 3 die Zahl „12,90“ durch die Zahl „13,40“ ersetzt.

Düsseldorf, den 27. Oktober 1981

- MBl. NW. 1982 S. 4.

203318

**Tarifvertrag  
über die Versorgung der Waldarbeiter  
der Länder (VersTV-W)  
vom 4. November 1966**

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 10. 11. 1981 - IV A 3 13-18-00.00

Den nachstehenden Änderungs-TV, durch den der Tarifvertrag über die Versorgung der Waldarbeiter der Länder (VersTV-W) vom 4. November 1966, bekanntgegeben mit RdErl. v. 28. 12. 1966 (SMBI. NW. 203318), geändert wird, gebe ich bekannt:

**Zehnter Änderungstarifvertrag  
vom 16. September 1981  
zum Tarifvertrag über die Versorgung  
der Waldarbeiter der Länder**

Zwischen

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,

einerseits

der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft  
- Hauptvorstand -

für die Landesbezirke Baden-Württemberg, Bayern,  
Hessen-Rheinland-Pfalz-Saarland, Niedersachsen  
Nordmark und Nordrhein-Westfalen

andererseits

wird folgendes vereinbart:

**§ 1  
Änderung des VersTV-W**

Der Tarifvertrag über die Versorgung der Waldarbeiter der Länder (VersTV-W) vom 4. November 1966, zuletzt geändert durch den Neunten Änderungstarifvertrag vom 14. Dezember 1979, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Buchstabe a werden die Worte „dem Versicherungsfall“ durch die Worte „dem Eintritt des Versicherungsfalls“ ersetzt.

b) Buchstabe b wird wie folgt geändert:

aa) Nach dem Wort „Entgelt“ werden die Worte „sie beträgt“ eingefügt.

- bb) Es wird folgender Satz als Unterabsatz angefügt:  
Die Gesamtversorgung nicht vollbeschäftiger Waldarbeiter wird in der Regel entsprechend dem Verhältnis der tatsächlichen Arbeitszeit zur tariflichen regelmäßigen durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigen Waldarbeiters festgelegt.

- c) In Buchstabe d werden nach dem Wort „Vomhundertsätze“ die Worte „(Buchstabe b)“ eingefügt.

2. Dem § 3 wird folgende Protokollnotiz angefügt:

Protokollnotiz:

In Nordrhein-Westfalen tritt für die Durchführung des Buchstabens a an die Stelle des Forstwirtschaftsjahres das Kalenderjahr.

3. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 Satz 2 Buchst. b erhält die folgende Fassung:

b) Bestandteile des Arbeitsentgelts, die auf einer Verweisung auf beamtenrechtliche Vorschriften beruhen, soweit die beamtenrechtlichen Bezüge nicht ruhegehaltfähig sind (mit Ausnahme des Sozialzuschlags), sowie Bestandteile des Arbeitsentgelts, die durch Tarifvertrag oder Arbeitsvertrag ausdrücklich als nicht zusatzversorgungspflichtig (gesamtversorgungsfähig) bezeichnet sind,

- b) In Absatz 5 wird das Wort „Versicherung“ durch das Wort „Pflichtversicherung“ ersetzt.

## § 2 Inkrafttreten

§ 1 Nr. 3 tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1982, § 1 Nr. 2 am 1. Oktober 1981, § 1 Nr. 1 am 1. Januar 1982 in Kraft.

München, den 16. September 1981

– MBl. NW. 1982 S. 4.

2120

## Durchführung von gerichtlich oder staatsanwaltschaftlich angeordneten Leichenöffnungen

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 7. 12. 1981 – V C 1 – 1028.3

Mein RdErl. v. 14. 5. 1976 (SMBL. NW. 2120) wird wie folgt geändert:

In der Anlage 1 sind unter der Nummer 7 die Wörter „Gerichtsmedizinisches Institut“ durch „Institut für Rechtsmedizin“ zu ersetzen.

– MBl. NW. 1982 S. 5.

2121

## Nachmeldung von Stoffen, die nicht in dem vorläufigen Verzeichnis der Rechtsverordnung zu § 28 Abs. 2 des Chemikaliengesetzes enthalten sind

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 5. 10. 1981 – V C 4 – 0614.4

Für alle vor dem 18. September 1981 in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft bereits an andere veräußerte Stoffe als solche oder als Bestandteil einer Zubereitung („Alt-Stoffe“) entfällt die Anmeldeverpflichtung nach § 4 Abs. 1 oder 2 des Chemikaliengesetzes vom 16. September 1980 (BGBl. I S. 1718).

Ob ein derartiger Stoff oder die Zubereitung vor dem genannten Stichtag veräußert worden ist, muß der Hersteller bzw. der Einführer der Anmeldestelle nachweisen.

Dieses geschilderte Verfahren gilt bis zum Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der Veröffentlichung eines Verzeichnisses aller „alten Stoffe“. Ein vorläufiges Verzeichnis („Altstoff-Verordnung“) ist in Vorbereitung und wird in Kürze veröffentlicht werden. Das endgültige Altstoff-Verzeichnis wird im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft erstellt.

Es liegt im Interesse der Öffentlichkeit wie auch der Hersteller und Einführer unseres Landes, bei der lückenlosen Erstellung des Verzeichnisses mitzuwirken.

Auf die Einzelheiten über die Verfahrensregelung hat die EG-Kommission in ihrer Entscheidung vom 11. Mai 1981 – 81/437/EWG – hingewiesen (AbI. EWG v. 24. Juni 1981 Nr. L 187/31 bei L 187/38).

Die nationale Anlaufstelle im Sinne der Entscheidung der EG-Kommission vom 11. Mai 1981 ist das Umweltbundesamt, Bismarckplatz 1, 1000 Berlin 33. Die Nachmeldungen der sog. „alten Stoffe“ sind nur unter Benutzung von Formblättern möglich. Diese Formblätter sind erhältlich beim:

Umweltbundesamt  
– Kontaktstelle für Altstoffmeldungen –  
Bismarckplatz 1  
1000 Berlin 33.

– MBl. NW. 1982 S. 5.

21250

## Jährliche Berichterstattung über die Tätigkeit der Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsämter

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 14. 12. 1981 – I C 5 – 2.2125.95

Der RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 8. 12. 1975 (MBl. NW. 1976 S. 74/SMBL. NW. 21250) wird wie folgt geändert:

1. Satz 1 des RdErl. erhält folgende Fassung:  
Zur Übersicht über den Stand der amtlichen Lebensmittelüberwachung und der Wirksamkeit des Verbraucherschutzes haben die Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsämter für jedes Jahr einen Jahresbericht zu erstellen. Der Bericht ist bis zum 1. Juli des folgenden Jahres vorzulegen.
2. In Nummer 1.1 und im Randvermerk zu Nummer 1.1 entfällt die Ziffer „1“.
3. Die Nummer 1.2 wird wie folgt gefaßt:  
Die Eintragungen erfolgen in den Teilschemen II bis IV fortlaufend nach den Nummern der Warenobergruppen entsprechend dem Warencode des Bundesgesundheitsamtes – Spalte 0 – in arabischen Zahlen und zwar in Spalte (n).
4. In Nummer 1.2.3 wird nach dem Wort „Bedarfsgegenständegesetzes“ eingefügt:  
„vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1946), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2445)“.
5. Nummer 1.2.4.1 erhält folgende Fassung:  
„aufgrund von §§ 9, 21, 26 und 32 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes erlassen wurden“.
6. Nummer 1.2.4.2 wird wie folgt gefaßt:  
„oder in weiteren gesetzlichen Vorschriften enthalten sind.“  
Der Randvermerk „Anlage 2“ entfällt.
7. In den Nummern 1.2.9 und 1.2.10 entfällt jeweils der in Klammern gesetzte Text.
8. Nummer 1.2.12 wird wie folgt gefaßt:  
die vorstehend nicht besonders erläutert wurden, nach Bezeichnung der Kopfleiste, in der sich die angezogenen Paragraphen auf das Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz beziehen.  
Der Randvermerk „Anlage 2“ entfällt.

## 9. Nummer 2.2 erhält folgende Fassung:

Die Berichte sind dem zuständigen Regierungspräsidenten in zehnfacher Ausfertigung bis zum 1. Juni des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres vorzulegen. Der Regierungspräsident leitet unter Bezugnahme auf diesen RdErl. von den Berichten gesammelt ein Exemplar an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW und weitere acht Exemplare an den Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten weiter.

## 10. Nummer 3.1 erhält folgenden Text:

„Die Beanstandungen sind jeweils im Anschluß an die Teilschemen im Sinne der Nummer 1.1.1 zu erläutern.“

## 11. In Nummer 3.2 werden die Worte „des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales“ durch die Worte „des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ ersetzt.

## 12. Nummer 4. wird wie folgt gefaßt:

Dieser RdErl. ist in der geänderten Fassung ab 1. 1. 1982 anzuwenden, die Nummer 1.2 sowie die geänderten Teilschemen II bis IV ab Berichtsjahr 1982.

## 13. In der Bezeichnung „Anlage 1“ entfällt die Ziffer „1“.

## 14. In den Teilschemen II bis IV der Anlage (bisher Anlage 1) wird jeweils die Bezeichnung der Spalte 0 „Erzeugnisgruppe“ durch „Warenobergruppe“ ersetzt.

## 15. In den Teilschemen II bis IV der Anlage werden jeweils die Bezeichnungen sowie die Nummern der Warenobergruppen wie folgt gefaßt:

Milch	010000
Milchprodukte, ausgen. 03 und 04	020000
Käse	030000
Butter	040000
Eier, Eiprodukte	050000
Fleisch warmblütiger Tiere	060000
Fleischerzeugnisse warmblütiger Tiere, ausgen. 08	070000
Wurstwaren	080000
Fische	100000
Fischerzeugnisse	110000

Krusten-, Schalen-, Weichtiere, sonstige

Tiere u. Erzeugnisse daraus

Fette, Öle, ausgen. 04

Suppen, Soßen, ausgen. 20

Getreide

Getreideprodukte, Backvormischungen

Brote, Kleingebäcke

Feine Backwaren

Mayonnaisen, emulgierte Soßen, kalte

Fertigsoßen, Salate

Puddinge, Cremespeisen

Teigwaren

Hülsenfrüchte, Ölsamen, Schalenobst

Kartoffeln, stärkereiche Pflanzenteile

Frischgemüse, ausgen. Rhabarber

Gemüseerzeugnisse, Gemüsezubereitungen, ausgen. Rhabarber, Salate 20

Pilze

Pilzerzeugnisse

Frischobst, einschl. Rhabarber

Obstprodukte, ausgen. 31 und 41,

einschl. Rhabarber

Fruchtsäfte, Fruchtnektare, Fruchtsirupe,

Fruchtsaftpulver

Erfrischungsgetränke, Getränkesätze,

Getränkepulver

Wein

Erzeugnisse aus Wein

Weinähnliche Getränke, Erzeugnisse aus weinähnlichen Getränken

Biere, bierähnliche Getränke

Spirituosen, spirituosenhaltige Getränke, ausgen. 34	370000
Zucker	390000
Honig, Brotaufstriche, ausgen. 41	400000
Konfitüren, Gelees, Marmeladen, Fruchtzubereitungen	410000
Speiseeis, Speiseeishalberzeugnisse	420000
Süßwaren, ausgen. 44	430000
Schokoladen und Schokoladenwaren	440000
Kakao	450000
Kaffee, Kaffee-Ersatzstoffe, Kaffeezusätze	460000
Tee, teeähnliche Erzeugnisse	470000
Säuglings- und Kleinkindernahrung	480000
Diätetische Lebensmittel	490000
Fertiggerichte, zubereitete Speisen, ausgen. 48	500000
Würzmittel	520000
Gewürze	530000
Essenzen, Aromastoffe	540000
Hilfsmittel aus Zusatzstoffen und/oder Lebensmitteln	560000
Zusatzstoffe	570000
Trinkwasser, Tafelwasser, Wasser für Lebensmittelbetriebe	590000
Tabakerzeugnisse	600000
Bedarfsgegenstände im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 1 LMBG	800000
Bedarfsgegenstände im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 2-4 LMBG	810000
Bedarfsgegenstände im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 5 und 6 LMBG	820000
Bedarfsgegenstände im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 7-9 LMBG	830000
Kosmetische Mittel	840000.

## 16. Die Anlage 2 entfällt.

– MBl. NW. 1982 S. 5.

## 2160

**Öffentliche Anerkennung  
als Träger der freien Jugendhilfe  
– Kibbuz-Gesellschaft für soziale Arbeit e. V. –**

Bek. d. Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe  
v. 3. 12. 1981 – 50/25.10/38

Als Träger der freien Jugendhilfe wurde nach § 9 des Gesetzes Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1977 (BGBl. I S. 633, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 1979 (BGBl. I S. 1061) i. V. m. § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt – JWG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. April 1981 (GV. NW. S. 176), – SGV. NW. 218 – öffentlich anerkannt:

Kibbuz-Gesellschaft für soziale Arbeit e. V.,  
Sitz Münster

– MBl. NW. 1982 S. 6.

## 2160

**Öffentliche Anerkennung  
als Träger der freien Jugendhilfe  
– Jugendheimstättenwerk e. V. –**

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 11. 12. 1981 – IV B 2 – 6113/D

Als Träger der freien Jugendhilfe wurde nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1977 (BGBl. I S. 633), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. August 1980 (BGBl. I S.

1469) i. V. mit § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. April 1981 (GV. NW. S. 176), – SGV. NW. 216 – öffentlich anerkannt:

Jugendheimstättenwerk e. V.,  
Sitz Dortmund  
(am 11. 12. 1981)

– MBl. NW. 1982 S. 6.

tung der Arbeitskraft nach § 9 der Ausgleichsabgabeverordnung Schwerbehindertengesetz (SchwbAV) an Schwerbehinderte, die auf Arbeitsplätzen im Sinne des § 6 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) tätig sind", erarbeitet. Die Richtlinien, die ich hiermit bekanntgebe, sollen eine bundeseinheitliche Verwaltungspraxis gewährleisten.

Zuständig für die Gewährung der Hilfen sind nach der Verordnung zur Übertragung von Aufgaben und Befugnissen nach dem Schwerbehindertengesetz vom 18. Juni 1975 (GV. NW. S. 478), geändert durch Verordnung vom 25. September 1979 (GV. NW. S. 655), – SGV. NW. 81 – die Landschaftsverbände als Hauptfürsorgestellen. Anträge können auch bei den örtlichen Fürsorgestellen der kreisfreien Städte, der Großen kreisangehörigen Städte und der Kreise gestellt werden.

224

**Bescheinigung  
nach § 40 Denkmalschutzgesetz  
Nordrhein-Westfalen**

RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung  
v. 8. 12. 1981 – III B 3 – 30 – 1/1 – 1311/81

Mein RdErl. v. 9. 10. 1980 (SMBL. NW. 224) wird wie folgt geändert:

Nr. 2.2 letzter Halbsatz erhält folgende Fassung:  
für die bei der Einkommensteuer die erhöhten Absetzungen nach § 82 i EStDV und/oder die Verteilung von Erhaltungsaufwand nach § 82 k EStDV geltend gemacht werden können.

– MBl. NW. 1982 S. 7.

302

**Bekanntmachung  
der Zahl der Kammern  
bei den Gerichten für Arbeitssachen  
im Lande Nordrhein-Westfalen**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 14. 12. 1981 – I B 2 – 1064

Aufgrund der §§ 17 Abs. 1, 35 Abs. 3 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I, S. 853), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. August 1980 (BGBl. I, S. 1503), wird mein RdErl. v. 11. 3. 1974 (SMBL. NW. 302) im Einvernehmen mit dem Justizminister mit Wirkung vom 1. Januar 1982 wie folgt geändert:

1. In Abschnitt	I. Arbeitsgerichte wird angefügt:
30.	Bocholt 2
2. Abschnitt	II. Landesarbeitsgerichte erhält folgende Fassung:
1.	Düsseldorf 16
2.	Hamm 8
3.	Köln 10

– MBl. NW. 1982 S. 7.

8111

**Durchführung  
des Schwerbehindertengesetzes  
Richtlinien für die Gewährung von Hilfen  
zur Erhaltung der Arbeitskraft nach § 9  
der Ausgleichsabgabeverordnung  
Schwerbehindertengesetz**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 8. 12. 1981 – II B 4 – 4411

Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Länder und der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Hauptfürsorgestellen hat „Richtlinien für die Gewährung von Hilfen zur Erhal-

**Richtlinien  
für die Gewährung von Hilfen zur Erhaltung  
der Arbeitskraft nach § 9 der Ausgleichs-  
abgabeverordnung Schwerbehindertengesetz  
(SchwbAV) an Schwerbehinderte, die auf  
Arbeitsplätzen im Sinne des § 6 Abs. 1  
des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG)  
tätig sind**

**1 Rechtsgrundlage**

Nach § 9 SchwbAV vom 8. August 1978 (BGBl. I S. 1228) können Schwerbehinderten, die auf Arbeitsplätzen im Sinne des § 6 Abs. 1 SchwbG in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 1979 (BGBl. I S. 1649), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469), tätig sind und zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft wegen Art, Schwere und besonderer Auswirkung der Behinderung auf Einrichtungen im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 7 in Verbindung mit § 14 Abs. 2 Nr. 6 SchwbAV angewiesen sind, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel Zuschüsse zu den ihnen durch die Inanspruchnahme dieser Einrichtungen entstehenden Aufwendungen gewährt werden.

**2 Nachrang der Leistungen (§ 4 Abs. 2 und 3 SchwbAV)**

- 2.1 Die Leistungen dürfen nicht gewährt werden, wenn Leistungen für denselben Zweck von einem Rehabilitationsträger im Sinne des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation zu gewähren sind oder gewährt werden.
- 2.2 Die Leistungen dürfen nur gewährt werden, soweit Leistungen für denselben Zweck nicht von anderer Seite zu gewähren sind oder gewährt werden und dem Schwerbehinderten es nicht zuzumuten ist, die erforderlichen Mittel selbst aufzubringen.

**3 Personenkreis**

- 3.1 Auf Einrichtungen im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 7 SchwbAV sind angewiesen
- 3.11 Schwerbehinderte, denen

im Schwerbehindertenausweis  
– Hilflosigkeit oder  
– Blindheit oder  
im Feststellungsbescheid nach § 3 Abs. 1 oder 2 SchwbG  
– Taubheit oder  
– häufige cerebrale Krampfanfälle  
als Behinderung anerkannt wurde,

- 3.12 Schwerbehinderte, die wegen der besonderen Auswirkungen ihrer Behinderung dem unter Nr. 3.11 genannten Personenkreis gleichzuachten sind. In Zweifelsfällen ist eine Stellungnahme des Gesundheitsamtes oder Versorgungsamtes einzuholen.

**4 Dauer der Maßnahme und Häufigkeit der Hilfe**

- 4.1 Die Dauer der Maßnahme soll drei Wochen betragen.

4.2 Die Hilfe soll nicht vor Ablauf von zwei Jahren nach Durchführung einer Maßnahme zur Erhaltung der Arbeitskraft, deren Kosten auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften getragen oder bezuschußt worden sind, gewährt werden.

#### 5 Bedarf

5.1 Als Bedarf sind ein Tagessatz in angemessener Höhe, die notwendigen Fahrtkosten und die Beförderungskosten für das Gepäck sowie die Kurtaxe anzuerkennen.

5.2 Benötigt der Schwerbehinderte für die Reise oder während des Aufenthaltes in der Einrichtung eine ständige Begleitung, umfaßt der Bedarf auch die Kosten für die Mitnahme der Begleitperson.

#### 6 Einsatz des Einkommens

Dem Schwerbehinderten ist die Aufbringung der erforderlichen Mittel nur zuzumuten, soweit sein Einkommen im Monat eine Einkommensgrenze übersteigt, die sich ergibt aus

6.1 einem Grundbetrag in Höhe von 2,65 v. H. des Bemessungsbetrages des § 33 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes (Bemessungsbetrag),

6.2 den Kosten der Unterkunft, abzüglich Wohngeld,

6.3 einem Familienzuschlag in Höhe von 40 v. H. des Grundbetrages für den von dem Behinderten überwiegend unterhaltenen Ehegatten sowie für jede weitere von dem Behinderten allein oder zusammen mit seinem Ehegatten überwiegend unterhaltene Person.

#### 7 Begriff des Einkommens

7.1 Einkommen sind alle Einkünfte des Behinderten in Geld oder Geldeswert. Als Einkommen gelten nicht die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz, die Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz sowie alle Leistungen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrücklich genannten anderen Zweck gewährt werden.

#### 7.2 Vom Einkommen sind abzusetzen

7.21 auf das Einkommen entrichtete Steuern,

7.22 Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung,

7.23 Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, soweit diese gesetzlich vorgeschrieben oder nach Grund und Höhe angemessen sind,

7.24 die mit der Erzielung des Einkommens verbundenen notwendigen Ausgaben sowie

7.25 für unabsehbare Ausgaben ein Betrag von 150,- DM.

#### 8 Bemessung der Leistung

8.1 Übersteigt das Einkommen des Schwerbehinderten nicht nur vorübergehend die Einkommensgrenze nach Nr. 6, soll der Zuschuß

8.11 im Hinblick auf das zu erwartende Einkommen um das Eineinhalbfache des im Antragsmonat über der Einkommensgrenze liegenden Einkommens sowie

8.12 um die häuslichen Ersparnisse gekürzt werden.

8.3 Leistungen bis zu 50,- DM werden nicht gewährt.

#### 9 Schlußbestimmungen

9.1 Die Leistungen werden auf Antrag gewährt; der Antrag muß vor Beginn der Maßnahme gestellt sein.

9.2 In Härtefällen kann von der Regelung der Nrn. 4, 7.25, 8 abgewichen werden, soweit es nach der Besonderheit des Einzelfalles geboten ist.

#### 10 Inkrafttreten

Die Richtlinien treten mit Wirkung vom 1. 1. 1982 in Kraft.

#### 8111

### Sonderprogramm des Bundes und der Länder zum Abbau der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter und zur Förderung des Ausbildungplatzangebots für Schwerbehinderte (4. Schwerbehinderten-Sonderprogramm)

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 9. 12. 1981 – II B 4 – 4412.2.0

Bund und Länder haben zum Abbau der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter und zur Förderung des Ausbildungplatzangebots für Schwerbehinderte ein 4. Schwerbehinderten-Sonderprogramm beschlossen, für das aus Mitteln der Ausgleichsabgabe die Hauptfürsorgestellen in den Ländern 150 Mio. DM und der Ausgleichsfonds beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung 100 Mio. DM bereitgestellt haben.

Das Programm ist am 1. 12. 1981 in Kraft getreten und soll bis zum 30. 11. 1983 (2 Jahre) laufen. Die Durchführung obliegt der Bundesanstalt für Arbeit.

Für die Durchführung des 4. Schwerbehinderten-Sonderprogramms werden die nachfolgenden Richtlinien erlassen:

### Richtlinien für die Durchführung des Sonderprogramms des Bundes und der Länder zum Abbau der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter und zur Förderung des Ausbildungplatzangebots für Schwerbehinderte (4. Schwerbehinderten-Sonderprogramm)

#### 1. Abschnitt

##### Zweck und Inhalt des Sonderprogramms

###### § 1

Der Ausgleichsfonds beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und die Hauptfürsorgestellen in den Ländern stellen der Bundesanstalt für Arbeit zur Gewährung von Leistungen an Arbeitgeber für die Bereitstellung zusätzlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze für Schwerbehinderte gemäß § 8 Abs. 3 des Schwerbehindertengesetzes in Verbindung mit § 3 und § 24 Abs. 1 der Ausgleichsabgabeverordnung zum Schwerbehindertengesetz einen Betrag von 250 Mio. DM aus Mitteln der Ausgleichsabgabe im Verhältnis von 40 zu 60 global zur Verfügung

###### § 2

(1) Arbeitgebern, die ohne Beschäftigungspflicht oder über die gesetzliche Verpflichtung hinaus Schwerbehinderte im Sinne des § 3 und auf einem Arbeitsplatz im Sinne des § 6 des Schwerbehindertengesetzes zur Beschäftigung in Voll- und Teilzeit unbefristet oder zur Ausbildung einstellen, werden im Rahmen der nach § 1 verfügbaren Mittel besondere Förderleistungen gewährt. Das gleiche gilt für Arbeitgeber, die im Rahmen der Erfüllung der Beschäftigungspflicht Schwerbehinderte im Sinne des § 3 zur beruflichen Erstausbildung einstellen.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt bei befristeter Einstellung zur Probe, wenn im Anschluß an das Probearbeitsverhältnis ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zustande kommt. In diesem Falle werden die Leistungen unter aufschiebender Bedingung rückwirkend für die Zeit ab Beginn des Probearbeitszeitverhältnisses bewilligt.

(3) Die Gewährung von Leistungen an andere Arbeitgeber, als die in Absatz 1 genannten, bestimmt sich nach den allgemeinen für die Bundesanstalt für Arbeit und die anderen Rehabilitationsträger geltenden Vorschriften.

###### § 3

(1) Die Förderleistungen werden zugunsten von arbeitslosen, beim Arbeitsamt gemeldeten Schwerbehinderten unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

1. Notwendigkeit einer besonderen Hilfskraft oder sonstiger außergewöhnlicher Aufwendungen zur Ermöglichung der Beschäftigung oder
2. fortgeschrittenes Alter (Vollendung des 55. Lebensjahres) oder

3. nach Feststellung des Arbeitsamtes offenkundige wesentliche behinderungsbedingte Einschränkung der Leistungsfähigkeit am vorgesehenen behinderungsge- rechtfertigten Arbeitsplatz oder
4. fehlende abgeschlossene Berufsausbildung und Dauer der Arbeitslosigkeit von mindestens 6 Monaten unmittelbar vor der Einstellung oder
5. Dauer der Arbeitslosigkeit von mindestens 12 Monaten unmittelbar vor der Einstellung.

(2) Förderleistungen zugunsten von beim Arbeitsamt gemeldeten Schwerbehinderten werden ohne Rücksicht auf Arbeitslosigkeit auch bei der Einstellung Schwerbehinderter gewährt

1. zur beruflichen Erstausbildung oder
2. im Anschluß an eine abgeschlossene Berufsausbildung bei dem ausbildenden oder einem anderen Arbeitgeber; in diesem Fall werden die Förderleistungen – abweichend von § 4 Abs. 3 – nur für die Dauer von einem Jahr gewährt, sofern während der Ausbildung Zuschüsse nach Nr. 1 gewährt wurden,
3. nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht, wenn wegen Art und Schwere der Behinderung voraussehbar ist, daß der Schwerbehinderte nach den Gesamtumständen an keiner Berufsausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes teilnehmen kann oder
4. im Anschluß an eine Beschäftigung in einer anerkannten Werkstatt für Behinderte.

(3) Gleichgestellte im Sinne des § 2 des Schwerbehindertengesetzes stehen Schwerbehinderten im Sinne der Bestimmungen des Sonderprogramms gleich.

(4) Die Dauer der Arbeitslosigkeit im Sinne des Absatzes 1 Nr. 4 und 5 wird nicht unterbrochen durch:

1. Beschäftigungen mit einer Gesamtdauer von bis zu 4 Wochen,
2. Beschäftigungen in Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung,
3. Teilnahme an einer notwendigen beruflichen Bildungsmaßnahme (§ 44 Abs. 2 Nr. 1–3 des Arbeitsförderungsgesetzes) oder einer Rehabilitationsmaßnahme,
4. Arbeitsunfähigkeit im Sinne des § 105b des Arbeitsförderungsgesetzes.

#### § 4

(1) Die Förderleistungen werden als Zuschüsse zum Arbeitsentgelt gewährt. Sie betragen in der Regel 50 v. H. des zum Zeitpunkt der Einstellung maßgebenden tariflichen oder, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, für die Beschäftigung üblichen Arbeitsentgelts.

(2) Der Prozentsatz erhöht sich, wenn zum Zeitpunkt der Einstellung mehrere Merkmale im Sinne des § 3 Abs. 1 und 2 zusammentreffen oder die Arbeitslosenquote in dem betreffenden Arbeitsamtsbezirk mehr als 2 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt liegt. Er darf jedoch 70 v. H. nicht überschreiten.

(3) Die Zuschüsse werden auf eine Dauer von in der Regel 2 Jahren höchstens 3 Jahren gewährt; § 3 Abs. 2 Nr. 2 letzter Halbsatz bleibt unberührt. Sie werden im 2. und 3. Jahr um je 15 v. H. des Arbeitsentgelts gemäß Absatz 1 herabgesetzt.

(4) Im Falle der Einstellung zur Ausbildung (§ 3 Abs. 2 Nr. 1) werden die Förderleistungen als Zuschuß zur Ausbildung für die Dauer der Ausbildung gewährt. Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 und Absatz 3 Satz 2 gelten entsprechend.

#### § 5

(1) Der Zuschuß verbleibt dem Arbeitgeber in voller Höhe, wenn er den Schwerbehinderten nach Ablauf der Förderzeit mindestens ein Jahr weiterbeschäftigt.

(2) Scheidet der Schwerbehinderte während der Förderzeit oder während der einjährigen Weiterbeschäftigung aus Gründen aus, die der Arbeitgeber zu vertreten hat, ist der Zuschuß nach folgender Maßgabe zurückzuzahlen:

1. Bei einem Ausscheiden während der Förderzeit ist der im letzten Jahr vor dem Ausscheiden gewährte Zuschuß zurückzuzahlen.
2. Bei einem Ausscheiden während der Weiterbeschäftigung ist für jeden Monat, der zum vollen Jahr fehlt, ein Betrag in Höhe des im letzten Monat der Förderzeit gezahlten Zuschusses zurückzuzahlen.

(3) Eine Rückzahlungspflicht gemäß Absatz 2 besteht nicht, wenn der Arbeitgeber innerhalb von drei Monaten nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses einen anderen Schwerbehinderten im Sinne des § 3 einstellt.

#### § 6

Das Sonderprogramm wird in der Zeit vom 1. 12. 1981 bis 30. 11. 1982 durchgeführt, es sei denn, daß die nach § 1 verfügbaren Mittel vorzeitig abgelossen sind.

#### § 7

(1) Die Zuschüsse nach dem Sonderprogramm werden zusätzlich, jedoch unter Anrechnung vergleichbarer Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit (insbesondere Eingliederungsbeihilfen, Einarbeitungszuschüssen, Eingliederungshilfen, Förderung von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Förderung der befristeten Probebeschäftigung und Ausbildungszuschüssen) und der Rehabilitationsträger gewährt. Solche Leistungen dürfen ohne Rücksicht darauf, ob auf sie ein Rechtsanspruch besteht oder nicht, von diesen Sozialleistungsträgern nicht deshalb versagt werden, weil nach dem Sonderprogramm vergleichbare Leistungen vorgesehen sind. Es ist auch unzulässig, Zuschüsse nach dem Sonderprogramm auf solche Leistungen anzurechnen.

(2) Zuschüsse nach dem Sonderprogramm werden nicht gewährt, wenn Leistungen aus vergleichbaren regionalen Sonderprogrammen gewährt werden.

#### 2. Abschnitt Verfahrensvorschriften

#### § 8

(1) Das Sonderprogramm wird von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt. Für die Gewährung der Zuschüsse sind die Arbeitsämter zuständig. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Sitz des einstellenden Betriebes oder der einstellenden Dienststelle.

(2) Der Präsident der Bundesanstalt kann im Einzelfall oder für Gruppen von Einzelfällen ein anderes Arbeitsamt oder eine andere Dienststelle für zuständig erklären.

#### § 9

Die Zuschüsse werden auf Antrag gewährt. Der Antrag ist vor der Einstellung zu stellen.

#### § 10

(1) Die Leistungsempfänger sind im Bewilligungsbescheid zu verpflichten, den Eintritt der Voraussetzungen nach § 5 Abs. 2 und 3 anzuzeigen und die Zuschüsse zurückzuzahlen.

(2) Die Hauptfürsorgestellen sind von den Arbeitsämtern über die Bewilligung unverzüglich zu unterrichten.

#### § 11

Der nach § 44 der Bundeshaushaltordnung erforderliche Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der eingesetzten Mittel wird durch die Feststellung erbracht, daß das geförderte Beschäftigungsverhältnis wenigstens bis zum Ablauf der Weiterbeschäftigung des § 5 Abs. 1 bestanden hat.

#### § 12

Die Bundesanstalt für Arbeit stellt die Höhe der Ausgaben zu Lasten der einzelnen Hauptfürsorgestellen sowie die Zahl der begünstigten Schwerbehinderten sowie weitere ausgewählte Merkmale fest.

## II.

**Ministerpräsident****Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland**

Der Bundespräsident hat nachstehenden, im Lande Nordrhein-Westfalen wohnhaften Personen den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen:

<b>A. Großes Verdienstkreuz mit Stern</b>	<b>Verleihungsdatum</b>
Jürgen Brandt, General, Bonn	28. 8. 1981
Johannes Poeppel, Generalleutnant, Bonn	28. 8. 1981
Prof. Dr. Gabriele Wülker, Staatssekretärin a. D., Bonn	3. 7. 1981
<b>B. Großes Verdienstkreuz</b>	
Theodor Breider, Verkehrsdirektor i.R., Münster	1. 9. 1981
Prof. Dr. Dr. h. c. Alfred Gütgemann, Hochschullehrer a. D. - Chirurg -, Bonn	18. 5. 1981
Dr. Heinz Rolf Haacke, Staatssekretär, Köln	31. 8. 1981
Freiherr Constantin von Heereman Zuydwyck, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Hörstel-Riesenbeck	25. 6. 1981
Dr. jur. Karl-Heinz Kürten, Hüttendirektor, Meerbusch	28. 8. 1981
Irmgard von Meibom, Krankengymnastin, Bonn	17. 9. 1981
Rudolf Opitz, Fotografenmeister, Münster	25. 3. 1981
Paul Schnitker, Malermeister, Münster	25. 6. 1981
Dr. jur. Hans-Otto Schwarz, Syndikus i. R., Siegen	14. 9. 1981
Dr.-Ing. Karl Schwarz, Abteilungsdirektor i. R., Essen	13. 7. 1981
Klaus Wrede, Brigadegeneral, Rheinbach	8. 9. 1981
<b>C. Verdienstkreuz 1. Klasse</b>	
Gerhard Ahl, Ltd. Verwaltungsdirektor a. D., Dortmund	10. 2. 1981
Gustav Bartholomäus, Flottillenadmiral, Bonn	9. 9. 1981
Anton Bertelsbeck, Kraftfahrzeugmeister, Recklinghausen	1. 9. 1981
Dr. jur. Franz-Wilhelm Engst, Ministerialrat, Bonn	9. 9. 1981
Dr. med. Heinz Leopold Fritz, Arzt für Allgemeinmedizin, Viersen	25. 5. 1981
Walter Gemmer, Regierungsdirektor a. D., Bonn	30. 7. 1981
Dr. med. Wolfgang Hammen, Generalarzt, Bornheim-Hersel	9. 9. 1981
Horst Hauke Ing. (grad.), Brigadegeneral, Meckenheim-Merl	31. 8. 1981
Walter Hebben, Brigadegeneral, Bonn	9. 9. 1981
Wilfried Heins, Ministerialdirigent, Swisttal-Heimerzheim	2. 7. 1981
Karl Ibach, ehem. Geschäftsführer, Wuppertal	13. 3. 1981
Albert Ilien, Beigeordneter a.D., Düsseldorf	20. 7. 1981
Dipl.-Ing. Johannes Koch, Direktor, Gelsenkirchen-Buer-Resse	3. 6. 1981
Prof. Dr. med. Rudolf Kopf, Direktor, Bergisch-Gladbach	20. 7. 1981
Dr. jur. Hans-Joachim Korte, Ministerialdirigent, St. Augustin	4. 8. 1981
Heinrich Kuss, Schuhmachermeister, Nörvenich	26. 10. 1981
Dr. Hans Edmund Landwers, Beigeordneter Stadtkämmerer, Düsseldorf	22. 5. 1981
Prof. Dr. med. Heinz Losse, Direktor d. Med. Poliklinik, Münster	20. 7. 1981
Wolfgang Nestler, Oberst, Rheinbach	9. 9. 1981
Dr. rer. nat. Freiherr Adrian von Oer, Brigadegeneral, Rheinbach	31. 8. 1981
Alfred Otten, Geschäftsf. Gesellschafter, Mönchengladbach	3. 6. 1981
Dr. med. Klaus Penner, Admiralarzt a. D., Meckenheim	9. 9. 1981
Dr. med. Hans Josef Pertzborn, Beigeordneter a. D., Köln-Lin- denthal	20. 7. 1981

	Verleihungsdatum
Ernst Pospischil, Oberst, Troisdorf	20. 7. 1981
Hermann Prinz, Redakteur u. Korrespondent, Köln	28. 8. 1981
Diether Rekittke, Brigadegeneral, Meckenheim	2. 7. 1981
Heinz Richter, ehem. Abteilungsleiter b. DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf	28. 8. 1981
Gerhard Schultewolter, Landwirt, Gronau	28. 8. 1981
Fritz Schulz Ing. (grad.), Brigadegeneral, Köln	2. 7. 1981
Gottfried Schwanck, ehem. Geschäftsführer, München (früher Köln)	13. 1. 1981
Otto Stenger, Ingenieur, Düsseldorf	3. 6. 1981
Hans Georg Weiss MdL, Schriftsetzermeister u. Unternehmer, Monschau	3. 6. 1981
Prof. Dr. med. Günther Worth, Ärzt. Direktor, Moers	3. 6. 1981

**D. Verdienstkreuz am Bande**

Dieter Alfuß, Regierungsdirektor, Erkrath	28. 8. 1981
Werner Wilhelm Apel, Kfm. Angestellter, Lüdenscheid	23. 7. 1981
Wilhelm Arens, Techn. Angestellter, Meinerzhagen	20. 7. 1981
Heinz Asmus, Oberstleutnant, Niederkassel-Rheidt	20. 7. 1981
Ursula Bach, Krankenschwester, Mönchengladbach	13. 7. 1981
Lothar Bahr, Techn. Direktor d. Deutschen Oper am Rhein, Düsseldorf	4. 8. 1981
Dipl.-Ing. Hans-Peter Balzerowiak, Baudirektor, Alfter-Gielsdorf	8. 9. 1981
Ursula-Annemarie Bartocha, Geschäftsführerin, Lübbecke	3. 6. 1981
Clemens Bauer, Oberstleutnant, Meckenheim	2. 7. 1981
Karl Baumann, Rektor a. D., Altena	20. 7. 1981
Hermann Beimfohr, Schlosser und Dreher, Essen	3. 6. 1981
Werner Beintmann, Detmold	20. 7. 1981
Dr. rer. nat. Winfried-Götz Berger, Oberstapotheker, St. Augustin	4. 8. 1981
Ludwig Beuel, Munitionsräumarbeiter, Hürtgenwald	8. 4. 1981
Heinz Beutler, Zollbeamter, Kleve	20. 7. 1981
Albrecht Beyer, Oberst, Köln	4. 8. 1981
Willi Blümel, Kfm. Angestellter, Mettmann	13. 7. 1981
Walter Böhmer, Stadtoberamtmann a. D., Essen	28. 8. 1981
Wilhelm Borgmann, Landwirt, Marl	15. 6. 1981
Theo Bremenkamp, Ministerialrat, Rheinbach	28. 8. 1981
Wilhelm Breuckmann, Maurer, Datteln	30. 4. 1981
Carl Bühl, Rendant u. Geschäftsführer, Düsseldorf	3. 6. 1981
Hermann Büker, Elektromeister, Lemgo	20. 7. 1981
Karl Burdinski, Rentner, Gelsenkirchen	28. 8. 1981
Dr. Karl Busemeyer, Chefarzt, Rheine	8. 4. 1981
Anna Classen, Realschuldirektorin, Heinsberg	18. 5. 1981
Udo Cleffmann, Stadtoberamtsrat, Hagen-Garenfeld	28. 8. 1981
Georg Diehl, Oberamtsrat, Bonn	2. 7. 1981
Hermann Diehl, Betriebsschlosser, Köln	13. 7. 1981
Dr. Erich Dietrich, Superintendent i. R., Düsseldorf	31. 8. 1981
Hans-Werner Doenck, Angestellter, Brüggen	25. 5. 1981
Ferdinand Döpper, Chemielaborant, Hilden	20. 7. 1981
Josef Dröge, Bauingenieur, Lünen-Brambauer	2. 7. 1981
Rudolf Eisenmann, Fregattenkapitän, Bonn	28. 8. 1981
Walter Ems, Motorenschlosser, Minden	28. 8. 1981
Josef Edmunds, Ingenieur, Hückelhoven	15. 6. 1981
Johannes Engels, Gemeindedirektor, Kreuzau	13. 7. 1981
Dr. Josef Eschweiler, Tierarzt, Erkelenz	14. 4. 1981
Wilhelm Esser, Munitionsräumarbeiter, Heimbach	14. 4. 1981

	Verleihungsdatum
Karl Euler, Techn. Angestellter, Wiehl	18. 5. 1981
Helmut Feige, Techn. Angestellter, Remscheid	23. 7. 1981
Christian Fieberg, Ministerialrat, Bonn	28. 8. 1981
Erich Fietkau, Rentner, Jülich	30. 4. 1981
Max Fischer, ehem. Bundesbahnschlosser, Paderborn	4. 8. 1981
Konrad Flotzinger, Pater Erhard, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Neuss	15. 6. 1981
Gisela Franke, Lehrerin, Bonn	4. 8. 1981
Freiherr Hanscarl von Friesen, Oberst, Lohmar	2. 7. 1981
Klaus Fröba, Oberst, Rheinbach	4. 8. 1981
Werner Gabler, Ausbildungsleiter, Düsseldorf	31. 8. 1981
Dedo Gadebusch, Einzelhandelskaufmann, Köln	13. 7. 1981
Dr. Bernhard Gebauer, Akademieleiter, Wesseling-Urfeld	31. 8. 1981
Franz Gebauer, Bergmann, Kalkar	15. 6. 1981
Otto Gerke, Rentner, Sundern-Allendorf	14. 4. 1981
Wilhelm Giesecking, Oberamtsrat, Bonn	23. 6. 1981
Friedrich Görgens, Kaufm. Angestellter, Köln	3. 6. 1981
Edmund Goral, Kfm. Angestellter, Essen	2. 7. 1981
Reinhard Graner, Angestellter, Düsseldorf	2. 7. 1981
Hagen Grose, Munitionsräumarbeiter, Aachen	18. 5. 1981
Dr. Gerhard Groß, Ministerialdirigent, Wachtberg-Pech	28. 8. 1981
Wilhelm Anton Gunnemann, Ausbildungsleiter, Lünen	14. 4. 1981
Hermann Gutberlett, Kaufmann, Wuppertal	15. 6. 1981
Heinrich Habel, Regierungsdirektor a. D., Bochum	20. 7. 1981
Günter von Hagen, Fabrikant, Iserlohn	7. 8. 1981
Dr. phil. Hans Hanesen, Oberst, Meckenheim	20. 7. 1981
Prof. Dr. med. Kurt Heinrich, Hochschullehrer u. Leitender Arzt, Düsseldorf	31. 8. 1981
Dr. Rudolf Heise, Dipl.-Chemiker, Düsseldorf	2. 7. 1981
Alwin Helbig, Rektor i. R., Bornheim	23. 3. 1981
Dr. Dieter Hörmig, Ministerialrat, Meckenheim	28. 8. 1981
Dr. Paul Hoffacker, Rechtsanwalt, Essen	13. 7. 1981
Theodor Hoffmann, Oberamtsrat, Bonn	8. 9. 1981
Gottfried Holthausen, Alfter-Oedekoven	30. 7. 1981
Heinrich Hoppe, Raumausstattermeister, Datteln	2. 7. 1981
Heinrich Huntgeburth, Realschullehrer a. D., Düsseldorf	25. 5. 1981
Hans Josefiak, Programmierer, Duisburg	20. 7. 1981
Heinz Kämmerer, Angestellter, Köln	14. 4. 1981
Friedrich Kammerer, Landwirtschaftlicher Arbeiter, Salzkotten-Upsprunge	7. 8. 1981
Fred Kamp, Vers.-Angestellter, Gummersbach-Derschlag	18. 5. 1981
Helmut Kapschack, Geschäftsführer, Witten	18. 5. 1981
Herbert August Karhof, Stadtamtsrat, Niederkassel	25. 5. 1981
Karl Kaussen, Amtsrat a. D., Aachen	18. 12. 1980
Karl Kaymer, Kraftfahrzeugmechanikermeister, Langenfeld	2. 7. 1981
Hans-Joachim Keller, Apotheker, Duisburg	25. 5. 1981
Wilhelm Kemper, Stadtdirektor a. D., Essen	15. 6. 1981
Heinz Kersten, Obergerichtsvollzieher, Münster	31. 8. 1981
Richard Kettner, Modellbauer, Köln	31. 8. 1981
Wilhelm Keul, Schlosser, Düsseldorf	13. 7. 1981
Walter Kielhorn, Geschäftsführer, Wuppertal	28. 8. 1981
Leo Killemann, Pflegeleiter, Kleve	4. 8. 1981
Walter Kitscha, Angestellter, Recklinghausen	25. 5. 1981
Dipl.-Ing. Hans Günter Klein, Geschäftsführer, Hagen	31. 8. 1981
Hans Günter Klein, Amtmann, Wuppertal	28. 8. 1981
Heinrich Klein, Obervermessungsdirektor a. D., Dinslaken	2. 7. 1981

	Verleihungsdatum
Rudolf Theodor Klocke, Stadtamtsrat, Höxter	28. 8. 1981
Günter Klose, Oberst, Köln	2. 7. 1981
Peter Klütsch, ehem. Regierungsangestellter, Aachen	10. 3. 1981
Günter Knüttel, Angestellter, Düsseldorf	13. 7. 1981
Werner Kocher, Kaufmann, Dortmund	31. 8. 1981
Theresia Kölker, Hausfrau, Recke	20. 7. 1981
Eugen Josef Kölschbach, Abteilungsdirektor a. D., Köln	7. 8. 1981
Josef Kolpin, Vermessungstechniker, Rommerskirchen	15. 6. 1981
Franz Koners, Tischlermeister, Dülmen	2. 7. 1981
Hermann Koseck, Oberamtsrat, Bonn	28. 8. 1981
Marie Krabbenhöft, Hausfrau, Detmold	25. 5. 1981
Dr. Lothar Richard Kraft, Institutsleiter, Königswinter	31. 8. 1981
Albert Kreiskorte, Rentner, Lüdenscheid	4. 8. 1981
Walter Kropf, Justizoberamtsrat, Düsseldorf	2. 7. 1981
Dr. Hans Günter Krug, Oberstadtdirektor, Remscheid	23. 7. 1981
Hans Kruppa, Oberamtsrat, Bonn	2. 7. 1981
Dr. Johannes Karl Kruse, Akademischer Oberrat, Bochum	23. 7. 1981
Gerd Küppers, Landwirt, Bedburg	3. 6. 1981
Peter Johann Kuhl, Rentner, Odenthal-Osenau	3. 6. 1981
Theodor Wilhelm Kuhnen, Rentner, Datteln	27. 3. 1981
Dr. jur. Werner Kwoll, Verwaltungsgerichtsrat a. D., Arnsberg	30. 4. 1981
Cäcilia Theodora Luise Lamers, Hausfrau, Isselburg	20. 7. 1981
Hubert Josef Laschet, Schulamtsdirektor, Jülich	7. 8. 1981
Kurt Leber, Oberstleutnant, Euskirchen	28. 8. 1981
Günter Lefèvre, Hauptmann a. D., Köln	4. 8. 1981
Kurt Lempa, Kreisangestellter, Dörentrup	15. 6. 1981
Heinrich Lennier, Landwirt, Kalletal	28. 8. 1981
Peter Wilhelm Lenzen, Kaufmann, Iserlohn-Letmathe	20. 7. 1981
Josef Linden, Landrat, Mechernich-Obergartzem	7. 8. 1981
Egon Linge, Kaufmann, Solingen	13. 7. 1981
Fritz Loesmann, Land- und Gastwirt, Lippstadt	7. 8. 1981
Hans Lohrmann, Lagerverwalter, Solingen	15. 6. 1981
Dr. Uwe Lüthje, Generalbevollmächt. d. Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, St. Augustin	7. 8. 1981
Anton Lutter, Lehrer a. D., Velen	4. 8. 1981
Wenzel Lux, Verwaltungsangestellter, Düsseldorf	28. 8. 1981
Theo Maas, Verwaltungsangestellter, Mülheim/Ruhr	7. 8. 1981
Paul Märzheuser, Rechtsanwalt u. Notar, Voerde	23. 7. 1981
Dr. Heinrich Malangré, Finanzdirektor, Aachen	3. 6. 1981
Adolf Mannheims, Landwirt, Zülpich	22. 4. 1981
Dieter Maroldt, Oberstleutnant, Troisdorf	28. 8. 1981
Karl Mau, Rektor, Monheim	13. 7. 1981
Johann Peter Maus, Bundesbahnbetriebsinspektor, Vettweiß	3. 6. 1981
Friedrich Wilhelm Meier, Bundesbahnoberlokomotivführer a. D., Rahden	20. 7. 1981
Josef Meinke, Lehrer, Nordkirchen	13. 1. 1981
Jakob Meurer, Sattler, Merzenich	3. 6. 1981
Hans-Georg Michael, Geschäftsf. Gesellschafter, Duisburg	13. 7. 1981
Wolfgang Michalsky, Hauptmann, Mechernich	28. 8. 1981
Paul Mickisch, Munitionsräumarbeiter, Kreuzau	8. 4. 1981
Johann Moenen, Bundesbahnamtsinspektor, Overath	23. 3. 1981
Herbert Müller, Musikdozent, Bottrop	23. 7. 1981
Dr. Klaus Müller, Oberstadtdirektor, Hagen	13. 7. 1981
Elisabeth Müter, Hausfrau, Bad Lippspringe	4. 8. 1981
Lutz Nebelin, Erster Polizeihauptkommissar im BGS, Bonn	23. 7. 1981
Karl Heinz Neuser, Ministerialrat, St. Augustin	28. 8. 1981

	Verleihungsdatum
Friedrich Niehoff, Landwirt, Mönchengladbach	14. 9. 1981
Ernst Niemann, Generalbevollmächtigter, Steinhagen	20. 1. 1981
Stephan Friedrich Wilhelm Nottbrock, Apotheker, Bergisch-Gladbach	22. 4. 1981
Richard Nouvertné, Stadtdirektor, Heinsberg	10. 3. 1981
Gerhard Oppermann, Oberst, Dülmen	4. 8. 1981
Helmut Paffenholz, Munitionsarbeiter, Kirchsahr	2. 10. 1980
Helmut Pfeffer, Polizeirat im BGS, Niederkassel-Rheidt	23. 7. 1981
Erwin Pieczonka, Stellv. Geschäftsführer der AOK, Kleve	25. 5. 1981
Dr. Werner Piepenstock, Kaufmann, Lüdenscheid	20. 7. 1981
Hubert Pütz, Landwirt, Pulheim	13. 7. 1981
Dipl.-Kfm. Harold Read, Regierungsangestellter, Aachen	28. 8. 1981
Günther Reusch, Kaufmann, Rösrath-Hoffnungsthal	20. 7. 1981
Johannes Ricken, Kaufmann, Gladbeck	25. 5. 1981
Josef Ringendahl, Direktor, Nettetal	13. 7. 1981
Heinrich Roeb, Munitionsräumarbeiter, Hürtgenwald	30. 4. 1981
Helmut Paul Roeder, Selbst. Buchdrucker, Wuppertal	4. 8. 1981
Erich Rölle, Justizamtmann a. D., Wuppertal	20. 7. 1981
Friedrich Roetzel, Rentner, Leverkusen	18. 5. 1981
Fritz Karl Rost, Ministerialrat, Ratingen	22. 4. 1981
Axel Ruchsow, Ministerialrat, Bonn	8. 9. 1981
Dr. med. Joachim Sandhop, Flottenarzt, Tecklenburg	4. 8. 1981
Karl-Heinz Sareyko, ehem. Angestellter, Meerbusch	13. 7. 1981
Dr. med. Hans Sautter, Oberstarzt, St. Augustin	4. 8. 1981
Gertrud Lucie Schaefer, Hausfrau, Köln	28. 8. 1981
Willfried Schaefer, Diplom-Volkswirt, Düsseldorf	10. 3. 1981
Josef Schieffer, Landwirt, Rommerskirchen	3. 6. 1981
Friedrich Wilhelm Schiemenz, Feintäschnermeister, Wuppertal	4. 8. 1981
Franz-Josef Schleicher, Munitionsräumarbeiter, Hürtgenwald	8. 4. 1981
Hans Schmeer, Rechtsanwalt u. Notar, Mülheim/Ruhr	2. 7. 1981
Artur Schmidt, Geschäftsführer, Düsseldorf	7. 8. 1981
Hans Schmidt, Oberst a. D., Swisttal-Odendorf	4. 8. 1981
Prof. Dr.-Ing. Eugen Heinz Schmidtmann, Wissenschaftlicher Rat und Professor a. D., Aachen	4. 8. 1981
Gertrud Schmitz, Geschäftsführerin, Frechen	25. 5. 1981
Josef Schmügen, Munitionsvorarbeiter, Nideggen	8. 4. 1981
Ewald Albert Scholten, Justizamtmann, Kalkar-Niedermörmitz	2. 7. 1981
Johann Philipp Schömann, Landesoberbauamtsrat, Pulheim	13. 7. 1981
Lisbeth Schott, Damenschneidermeisterin, Bonn	3. 6. 1981
Martha Luise Schrage, Kurdirektorin, Bad Berleburg	2. 7. 1981
Johann-Wilhelm Schreiber, Hauptmann, Königswinter	28. 8. 1981
Cornelius Schürmann, Kfm. Angestellter, Düsseldorf	2. 7. 1981
Arthur Schütz, Kreissparkassendirektor a. D., Wesel	22. 5. 1981
Wolfgang Schulhoff, Dipl.-Volkswirt, Düsseldorf	14. 9. 1981
Heinrich Schulte, Ministerialrat, Rüthen	31. 8. 1981
Hartmut Schulz, Ltd. Ministerialrat, Essen	13. 7. 1981
Wilhelm Josef Schulze Fröhlich, Landwirt, Wadersloh	31. 8. 1981
Emil Schulz-Sorau, Maler ehem. Kunsterzieher, Bad Salzuflen	3. 6. 1981
Erich Kurt Schumann, Rechtsanwalt/Geschäftsführer, Bonn	3. 6. 1981
Lothar Schwartz, Hauptabteilungsleiter, Meckenheim	4. 8. 1981
Kurt Benno Georg Schweinberger, Kfm. Angestellter, Hagen	7. 8. 1981
Johannes Schwittmann, Realschuldirektor, Krefeld	15. 6. 1981
Johann Sebastian, Regierungsangestellter, Köln	4. 8. 1981
Ferdinand Segbers, Rentner, Legden	23. 7. 1981
Hans Seiler, Personalfachwirt, Ahlen	14. 4. 1981
Bernd-Josef Sieben, Stadtdirektor, Wegberg	2. 7. 1981

	Verleihungsdatum
Dr. Norbert Simgen, Ltd. Ministerialrat, Wuppertal-Barmen	4. 8. 1981
Dr. rer. nat. Erich Sommer, Oberstapotheker, St. Augustin	4. 8. 1981
Dipl.-Ing. Friedrich Wilhelm Stark, Geschäftsführer, Bad Berleburg	13. 7. 1981
Walter vom Stein, Bezirksleiter d. Bausparkasse Wermelskirchen, Wermelskirchen	27. 3. 1981
Klaus-Jürgen Steindorff, Flottillenadmiral, Alfter-Witterschlick	4. 8. 1981
Otto Steveling, Geschäftsführer, Witten	13. 7. 1981
Dr. Eberhard Stöve, Ministerialrat, Königswinter	28. 8. 1981
Jakob Stollenwerk, Land- und Gastwirt, Mechernich	25. 5. 1981
Horst Stolper, Richter am Landgericht, Hagen	7. 8. 1981
Hans Robert Stolzenbach, Fleischermeister, Duisburg	25. 5. 1981
Reimund Stratmann, Oberamtsrat, Bonn	28. 8. 1981
Johann Karl Surmann, Angestellter i. R., Dülmen-Rorup	13. 7. 1981
Heinrich Tehler, Bezirksschornsteinfegermeister, Bielefeld	15. 9. 1981
Marlies Tempel, Hausfrau, Wuppertal	7. 8. 1981
Werner Tetzlaff, Angestellter, Düsseldorf	13. 7. 1981
Georg Thöne, Betriebsmeister, Horn-Bad Meinberg	13. 7. 1981
Erich Tiel, Kreisgartenbaurat a. D., Moers	18. 5. 1981
Walter Trüller, Oberamtsrat, Bonn	23. 6. 1981
Werner Turek, Regierungsoberamtsrat, St. Augustin	15. 6. 1981
Wilhelm Verhaaren, Angestellter, Viersen	28. 8. 1981
Christian Vogedes, Tischlermeister, Gelsenkirchen	13. 7. 1981
Friedhelm Vogelbusch, Verw.-Angestellter, Ratingen	25. 5. 1981
Dr. Walter Vogels, ehem. Geschäftsführer, Köln	7. 8. 1981
Theodor Heinrich Volmert, Realschullehrer i. R., Ratingen-Lintorf	3. 6. 1981
Peter Vonten, Techn. Fernmeldebetriebsinspektor, Köln	28. 8. 1981
Dr. med. Claus-Günter Voss, Generalarzt, Rheinbach	4. 8. 1981
Heinrich Voß, Fernmeldeamtsrat a. D., Uedem	13. 7. 1981
Paul Wagner, Heizungsmonteur, Lüdinghausen	15. 6. 1981
Karl Walber, Realschullehrer, Bocholt	23. 3. 1981
Erich Walter, Geschäftsführer, Lage	3. 6. 1981
Dr. Aloys Weber, Arzt, Wachtberg-Oberbachem	15. 6. 1981
Aloys Wegener, Kaufmann, Gladbeck	20. 7. 1981
Dr. Kurt Wegge, Facharzt, Bonn	25. 5. 1981
Karlheinz Weihs, Dreher, Dinslaken	15. 10. 1981
Egino Weinert, Bildhauer u. Goldschmied, Köln	13. 7. 1981
Wolfgang Weinert, Oberamtsrat, Swisttal-Oendorf	28. 8. 1981
Erika Luise Weingärtner, Hausfrau, Ratingen	13. 7. 1981
Gertrud Weiser, Hausfrau, Herten	15. 6. 1981
Maria Wethmar, Hausfrau, Essen	13. 7. 1981
Wilhelm Weyers, Schlosser, Kleve	7. 8. 1981
Herbert Wienand, Kfm. Angestellter, Arnsberg	25. 5. 1981
Peter Willems, Selbst. Landwirt, Niederzier	13. 7. 1981
Alfred Winderlich, Oberstleutnant, Lohmar-Birk	2. 7. 1981
Joseph Wirkus, Verwaltungsangestellter i. R., Düsseldorf	13. 7. 1981
Leokadia Wirkus, Hausfrau, Düsseldorf	13. 7. 1981
Dr. Theodor Witt, Direktor-Stellvertreter a. D., Köln	31. 8. 1981
Günther Witzmann, Gewerkschaftssekretär, Leverkusen	25. 5. 1981
Karl Wörlein, Lithograph, Mettmann	15. 6. 1981
Matthias Wüst, Reproduktions-Fotograf, Köln	18. 5. 1981
Wilhelm Ziegler, Maler- u. Lackierermeister, Xanten	28. 8. 1981
Walter Zielniok, Schulleiter, Bergheim	15. 6. 1981

## Verleihungsdatum

## E. Verdienstmedaille

Hermann Bappert, Vorarbeiter, Gelsenkirchen	23. 3. 1981
Joseph Barten, Schmiede- u. Schlossermeister, Köln	28. 8. 1981
Peter Berger, Regierungsassistent, Bonn	9. 9. 1981
Gerhard van Bergerem, Angestellter, Goch	9. 9. 1981
Wilhelm Birkhäuser, Amtsinspектор, Bonn	9. 9. 1981
Heinrich Bockelmann, I. Techniker, Castrop-Rauxel	23. 3. 1981
Heinz Böggering, Selbst. Baustoffkaufmann, Köln	31. 8. 1981
Gustav Boguhn, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Jakob Bosch, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Friedrich Bourcier, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Kurt Heinz Brall, Angestellter, Köln	23. 6. 1981
Ingeborg Brenner, Angestellte, Bonn	23. 6. 1981
Anni Bühl, Hausfrau, Schwalmthal	4. 8. 1981
Horst Bültmann, Schlosser, Dortmund-Eving	23. 3. 1981
Paul Bunk, Oberbrandmeister, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Friedhelm Buschfeld, Schlosser-Vorarbeiter, Oberhausen	23. 3. 1981
Mechthilde Buttenbruch, Schwester Maria Veneranda, Ordensschwester, Mülheim/Ruhr	20. 7. 1981
Gerhard Chrosch, Maschinensteiger, Bottrop	23. 3. 1981
Anna Dechering, Schwester Maria-Martha, Ordensschwester, Mülheim/Ruhr	20. 7. 1981
Wilhelm Dickerboom, Vorarbeiter, Alpen	23. 3. 1981
Hans-Georg Eickmann, Kokereisteiger, Lünen-Brambauer	23. 3. 1981
Klaus Engel, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Klaus Etzrodt, Kokereisteiger, Oberhausen	23. 3. 1981
Helmut Farwick, Kokereisteiger, Hamm	23. 3. 1981
Fritz Fortmann, Steiger, Galdbeck	23. 3. 1981
Anton Fox, Feuerwehr-Gerätewart, Lünen	23. 3. 1981
Joachim Friedrich, Koksmeister, Hamm	23. 3. 1981
Friedrich Gauchel, Einzelhandelskaufmann, Bergisch-Gladbach	13. 7. 1981
Heinz Giehl, Vorarbeiter, Oer-Erkenschwick	23. 3. 1981
Gerhard Glücks, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Günter Göbbels, Koksmeister, Alsdorf	23. 3. 1981
Kurt Hackert, Schreiner, Essen	4. 8. 1981
Heinz Hartleif, Fahrsteiger, Datteln	23. 3. 1981
Marianne Hein, Hausfrau, Mettmann	3. 6. 1981
Erhard Hellenbrand, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort/Kamperbrück	23. 3. 1981
Heinrich Helmich, Arbeiter, Münster	23. 6. 1981
Heinz Hesse, Kokereisteiger, Oer-Erkenschwick	23. 3. 1981
Ilseodore Heyden, Angestellte, Bonn	23. 6. 1981
Ernst Hiller, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Peter Jackes, Arbeiter, Bergisch-Gladbach	9. 9. 1981
Hermann Jerusel, Schweißer, Castrop-Rauxel	23. 3. 1981
Erich Kapplusch, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Paul Hubert Karthaus, Rentner, Hückeswagen	7. 8. 1981
Herbert Karwatzki, Kokereisteiger, Datteln	23. 3. 1981
Wolfgang Kiesewetter, Amtsinspектор, Bonn	9. 9. 1981
Anna Kleine-Wolter, Haushälterin, Düsseldorf	13. 7. 1981
Walter Kleinz, Maschinist, Dortmund-Holthausen	23. 3. 1981
Wilhelm Klima, Masch.-Vorarbeiter, Bottrop	23. 3. 1981
Therese Köhler, Angestellte, Bonn	9. 9. 1981
Wendelin Kohl, Maschinist, Dortmund-Eving	23. 3. 1981
Alfons Kortz, Gerätewart, Oberhausen	23. 3. 1981
Paul Josef Kreisel, Rentner, Werne	13. 7. 1981

	Verleihungsdatum
Marianne Kühler, Kfm. Angestellte, Paderborn	23. 7. 1981
Horst Künzer, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Heinrich Kuschmann, Vorarbeiter, Castrop-Rauxel	23. 3. 1981
Rosel Lauenroth, Tierheimleiterin, Düsseldorf	25. 5. 1981
Gustav Leiting, Blitzschutzobermonteur, Essen	31. 8. 1981
Helene Linzenich, Arbeiterin, Rheinbach-Ramershoven	9. 9. 1981
Wilfried Loer, Kokerei-Fahrsteiger, Castrop-Rauxel	23. 3. 1981
Rudi Lorenz, Kokereisteiger, Lünen-Brambauer	23. 3. 1981
Erich Lummer, Techn. Angestellter, Oberhausen	23. 3. 1981
Heinrich Mause, Gasmeister, Holzwickede-Opherdicke	23. 3. 1981
Otto Meinhardt, Brandmeister, Neukirchen-Vluyn	23. 3. 1981
Franz Michalak, Vorarbeiter, Gelsenkirchen-Buer-Scholven	23. 3. 1981
Lilli Mitzner, Hausfrau, Monheim	15. 6. 1981
Karl Moesgen, Geschäftsmann, Köln	13. 7. 1981
Albert Müller, Amtsinspektor, Bonn	9. 9. 1981
Edith Nienhaus, Hausfrau, Gladbeck	20. 7. 1981
Werner Och, Oberfeuerwehrmann, Rheurdt	23. 3. 1981
Wolfgang Oellrich, Kokereisteiger, Gelsenkirchen-Buer-Hassel	23. 3. 1981
Horst Pertek, Techn. Angestellter, Oberhausen	23. 3. 1981
Ingrid Peter, Angestellte, Meckenheim	9. 9. 1981
Maria Pogge, Schwester Maria Serapiona, Ordensschwester, Mülheim/Ruhr	20. 7. 1981
Heinz Polz, Maschinist, Duisburg	23. 3. 1981
Ferdinand Pütz, Buchhalter, Köln	4. 8. 1981
Fritz Rabbe, Techn. Angestellter, Oberhausen	23. 3. 1981
Heinz-Josef Riegel, Betriebsrat, Gelsenkirchen	23. 3. 1981
Karl Ries, Lehrer a. D., Nümbrecht-Bierenbachatal	13. 7. 1981
Karl-Heinz Rönne, Maschinist, Gelsenkirchen-Buer-Scholven	23. 3. 1981
Erich Rottmann, Arbeitslehrer, Arnsberg	25. 5. 1981
Herbert Rüping, Vorarbeiter, Castrop-Rauxel	23. 3. 1981
Manfred Sahlmen, Kokereisteiger, Datteln	23. 3. 1981
Wilhelm Schleef, Schlosser-Vorarbeiter, Ahlen	23. 3. 1981
Günter Schmidt, Vorarbeiter, Lünen	23. 3. 1981
Heinrich Schmitz, Amtsinspektor, Bonn	9. 9. 1981
Erika Schneider, Angestellte, Köln	9. 9. 1981
Günter Schüler, Kokereisteiger, Bochum	23. 3. 1981
Heinrich Schultheiss, Maschinist, Ahlen	23. 3. 1981
Theodor Schulz, Fahrsteiger, Herne	23. 3. 1981
Erwin Seher, Schlosser, Herten-Westerh.	23. 3. 1981
Karl-Heinz Sevsek, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Werner Siebel, Hauptloksführer a. D., Kreuztal-Ferndorf	28. 8. 1981
Horst Siedenberg, Kokerei-Obersteiger, Recklinghausen	23. 3. 1981
Heinz Siegmund, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Wilhelm Slabon, Schlosser, Gelsenkirchen	23. 3. 1981
Horst Stahl, Mechaniker, Bottrop	23. 3. 1981
Bernhard Stanislawski, Maschinist, Bochum-Werne	23. 3. 1981
Walter Stecink, Hauptbrandmeister, Neukirchen-Vluyn	23. 3. 1981
Herbert Steinmann, Klempner, Gelsenkirchen-Buer-Hassel	23. 3. 1981
Horst Strehlow, Maschinist, Castrop-Rauxel	23. 3. 1981
Helmut Tank, Regierungsinspektor, Bonn	9. 9. 1981
Dieter Tessarz, Techn. Angestellter, Bottrop	23. 3. 1981
Irene Thies, Hausfrau, Düsseldorf	13. 7. 1981
Johann Tigges, Kokereisteiger, Recklinghausen	23. 3. 1981
Fritz Truskowski, Meister, Castrop-Rauxel	23. 3. 1981
Fritz Uckermann, Gärtner i.R., Extertal-Meierberg	13. 7. 1981

## Verleihungsdatum

Julius Vianden, Arbeiter, Bonn	9. 9. 1981
Kurt Voll, Koksmeister, Gelsenkirchen-Buer	23. 3. 1981
Günter Weber, Hauptfeldwebel, Köln	2. 7. 1981
Josef Weiland, Dreher, Castrop-Rauxel	23. 3. 1981
Helmut Weiß, Brandmeister, Neukirchen-Vluyn	23. 3. 1981
Siegfried von Werne, Kokereisteiger, Kamen	23. 3. 1981
Heinrich Wilmsen, Konrektor a. D., Leverkusen	13. 7. 1981
Günter Wishotzky, Wachdienstleiter, Gelsenkirchen	23. 3. 1981
Heinz Witt, Schlosser, Gelsenkirchen	23. 3. 1981
Artur Zaborosch, Hausmeister, Bonn	13. 7. 1981
Reiner Zapp, Maurer-Vorarbeiter, Gelsenkirchen	23. 3. 1981
Paul Zentz, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Horst Zielinski, Oberfeuerwehrmann, Kamp Lintfort	23. 3. 1981
Elisabeth Zimmermann, Angestellte, Bonn	31. 8. 1981
Josef Zinn, Vorarbeiter, Datteln	23. 3. 1981

– MBl. NW. 1982 S. 10.

**Königlich Belgisches Generalkonsulat,  
Düsseldorf**

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 2. 12. 1981 –  
1 B 5 – 404 – 1/81

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufs-konsularischen Vertretung des Königreichs Belgien in Düsseldorf ernannten Herrn Dr. Roger Coenen am 20. November 1981 das Exequatur als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt das Land Nordrhein-Westfalen.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Hugo J. Fonder, am 19. Oktober 1979 erteilte Exequatur ist erloschen.

– MBl. NW. 1982 S. 18.



**Einzelpreis dieser Nummer 5,70**

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

**Abonnementbestellungen:** Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

**Bezugspreis halbjährlich 70,80 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 141,60 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.**

**Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer**

**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6868293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzgl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0341-194 X